

Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 in Hessen

| | | | | |
|--|-----------|-------------|-------------|--|
| Immer mehr Schulen arbeiten bei der Sexualerziehung unter dem Stichwort „Queere Bildung“ mit externen LSBT...-Gruppen zusammen, die Workshops zu „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ geben. Ein aktuelles Rechtsgutachten von Prof. Dr. Christian Winterhoff bewertet diese Art von Unterricht als eindeutig verfassungswidrig. Wir treten dafür ein, dass Lobbygruppen der „Sexuellen Vielfalt“ als externe Partner bei der Schulaufklärung nicht zugelassen werden. | | | | |
| | ja | nein | w.n. | Bemerkung |
| AfD | x | | | Die AfD lehnt den hess. Bildungsplan für Sexualerziehung ab, sowie generell die "Akzeptanz sexueller Vielfalt", da Akzeptanz = Gutheißung bedeutet und dies keinem Menschen und schon gar nicht Kindern aufoktroiert werden darf. |
| Bündnis C | x | | | Erziehung ist Elternaufgabe. Dazu gehört auch die Sexualkunde, -erziehung, Aufklärung. Es soll den Eltern überlassen bleiben, die ihr Kind ja kennen, wann welche Themen wie besprochen werden sollen. Wir treten dafür ein, dass Sexualkunde in der Schule auf die Benennung der Organe und deren natürliche Funktion beschränkt wird. Weitergehende "Aufklärung muss vorher mit den Eltern besprochen werden. Einwände müssen Beachtung finden! Unterricht ist ausschließlich durch ausgebildete Lehrer zu erteilen, nicht von Lobbygruppen! |
| CDU | x | | | Der Lehrplan Sexualerziehung vom 19. August 2016 besagt ausdrücklich: „Entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist bei der Sexualerziehung Zurückhaltung zu wahren sowie Offenheit und Toleranz gegenüber verschiedenen Wertvorstellungen zu beachten und jede einseitige Beeinflussung zu vermeiden“. Die etwaige Arbeit von Lobbygruppen im Sinne einer gezielten Einflussnahme auf die Schüler widerspräche dieser Zielsetzung. |
| Die Linke | | | | Sexuelle Vielfalt ist Realität. Diese kann nicht wegdiskutiert werden. Deshalb muss sie sich auch in der Schule wiederfinden. Wie Pro Familia und andere Organisationen sollen auch LGBTQ-Gruppen in den Unterricht eingeladen werden. |
| Freie Wähler | | x | | Wir halten die Arbeit von LSBTIQ+-Gruppen für wichtig und notwendig, um bornierte Wertevorstellungen durch wissenschaftlich fundierte Faktenvermittlung zu durchbrechen. Sofern solche Gruppen didaktische Konzepte vorweisen können, spricht u.E. nichts gegen die Zusammenarbeit von Schulen und LSBTIQ+-Gruppen. |
| Grüne | | | | Es gibt in Hessen grundsätzlich gute Erfahrungen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit externen Partner*innen auch im Rahmen der Schule. Im Übrigen entscheiden in Deutschland Gerichte über die Verfassungskonformität, keine Rechtsgutachten. Sollten Sie anderer Auffassung sein, steht Ihnen der Rechtsweg offen. |
| LKR | x | | | Lobbygruppen dürfen niemals Lerninhalte an Schulen gestalten. Dies gilt für alle Bereiche des Lebens; also auch für die Sexualerziehung. |
| SPD | | x | | |

Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 in Hessen

| | | | | |
|--|-----------|-------------|-------------|---|
| <p>Nach dem Lehrplan zur Sexualerziehung in Hessen, der seit August 2016 in Kraft ist, sollen die Kinder zur „Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten“ erzogen werden. Damit verstößt der Lehrplan gegen das Indoktrinationsverbot und ist verfassungswidrig. Zudem untergräbt er das Erziehungsrecht der Eltern (Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG). Wir treten daher für eine vollständige Überarbeitung des Lehrplanes ein. Kindeswohl und Elternrecht haben oberste Priorität.</p> | | | | |
| | ja | nein | w.n. | Bemerkung |
| AfD | x | | | s.o. Kinder werden nicht als sexuelle Wesen geboren, wie es stets behauptet wird. Die AfD lehnt die Genderideologie ab und setzt sich für eine ideologiefreie, altersgerechte Aufklärung ein. Kindeswohl und Elternrecht müssen oberste Priorität haben. |
| Bündnis C | x | | | Kinder haben im Grundschulalter andere Dinge zu lernen als sexuelle Orientierungen. Das sind Lehrinhalte, die, wenn sie in der Schule besprochen werden sollen/müssen, in die Oberstufe gehören und mit jungen Erwachsenen diskutiert werden sollten. Das ist keine Diskriminierung. Jeder kann, soll und darf leben wie er möchte, das beinhaltet aber nicht das Recht Werbung unter Kindern für die eigene Lebensweise zu machen, gleich wie sie geartet ist. |
| CDU | | | x | <p>Der vormalig geltende Lehrplan Sexualerziehung aus dem Jahre 2007 bedurfte als Folge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes einer Anpassung an geänderte rechtliche Rahmenbedingungen. Für uns als CDU waren dabei mehrere Punkte wichtig, die auch in der Neufassung klar zum Ausdruck kommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das natürliche Recht der Eltern auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder nach Art. 6 (2) GG wird nicht angetastet. Dieses steht vor jedem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag. 2. Ehe und Familie, die eine zentrale Rolle im Familien- und Gesellschaftsbild der CDU spielen, werden ausdrücklich hervorgehoben. So heißt es im Lehrplan: „Sexualerziehung soll (...) die grundlegende Bedeutung von Ehe und Familie gemäß Art. 6 Grundgesetz vermitteln.“ 3. Von zentraler Bedeutung ist das Kindeswohl, das in der Formulierung des „Persönlichkeitsrechts des Kindes“ zum Ausdruck kommt. <p>Insofern finden unsere schon immer gültigen Werte und Normen an zentraler Stelle auch des neuen Lehrplanes ihren Niederschlag.</p> |
| Die Linke | | | | Sexuelle Vielfalt ist Realität und keine Meinung. Es gibt Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung, es gibt transsexuelle und Transgender. Auch wenn Sie die Realität anders haben wollen, kann es nicht Aufgabe des Staates sein, Realitäten zu leugnen. Mit dieser Haltung wurden und werden oft genug Menschen gequält, die ihre Identität dann verbergen müssen. Das lassen wir nicht zu. |

Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 in Hessen

| | | | |
|---------------------|---|---|--|
| Freie Wähler | | x | In Art.3 Abs. 1 des Grundgesetzes heißt es: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich" Dies gilt unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Sexualität, Religion, Weltanschauung, Einschränkung, Alter oder sozioökonomischem Status. Und genau diesem Postulat fühlen wir uns verpflichtet. Bildung schafft Aufklärung, die, wie wir seit Kant wissen, den Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit darstellt. Mit anderen Worten: Durch Bildung wird nicht nur einzig Wissen und Können gebildet, vielmehr werden auch Herz und Charakter geformt. Durch Bildung bekommt unsere Gesellschaft selbstständig denkende, kritische und engagierte junge Menschen, die bereit und in der Lage sind, Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen. Bildung ist der Wegbereiter für Demokratie, für eine solidarische Gesellschaft. Und daher gehört zur Bildungsvermittlung auch die Vermittlung der gesellschaftlichen Pluralität, wozu eben auch verschiedene sexuelle Orientierungen zählen. |
| Grüne | | | Der behutsam modernisierte Lehrplan Sexualerziehung war sinnvoll und notwendig, damit sich jedes Kind in seiner Familiensituation auch im Unterricht wiederfinden kann. Seither erst kommen neben der traditionellen Ehe auch andere Familienformen wie z.B. Alleinerziehende, Patchworkfamilien oder gleichgeschlechtliche Paare überhaupt vor. Als Ziel des Lehrplans ist ausgeführt, die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intersexuellen Menschen (LSBT*IQ) im Schulunterricht zu fördern. Über die Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten soll daher im Unterricht informiert werden. Ausdrücklich sind also auch Trans- und Intersexualität Teil des Lehrplans. Schülerinn*innen soll ein offenes, diskriminierungsfreies und wertschätzendes Verständnis für die Verschiedenheit und Vielfalt partnerschaftlicher Beziehungen, sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten in unserer Gesellschaft vermittelt werden. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Lehrplan Sexualerziehung die Vielfalt der Gesellschaft vermittelt und aktuell bleibt. Im Übrigen entscheiden in Deutschland Gerichte über die Verfassungskonformität, keine Unterstellungen. |
| LKR | x | | Akzeptanz kann niemals an Schulen gelehrt werden. Akzeptieren heißt etwas gutheißen, also eine Ansicht gleichsam als die eigene annehmen. Tolerieren heißt, etwas dulden, aber einen inneren Abstand wahren. Was akzeptiert und was toleriert wird, bestimmt das eigene Wertesystem. Dieses wird durch die Familie und das soziale Umfeld geprägt, darf aber niemals staatlich verordnet und über Lehrpläne vorgegeben werden. |
| SPD | | x | "Kindeswohl und Elternrecht haben oberste Priorität" wurde durchgestrichen. Bemerkung SPD: Der Zusammenhang zwischen der in der Frage beinhalteten Aussage und Kindeswohl und Elternrecht ist völlig unberechtigt. |

Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 in Hessen

| | | | | |
|---|-----------|-------------|-------------|---|
| Die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ geht u.a. von einer „kindlichen Sexualität“ aus, die von Geburt an pädagogisch aktiv zu begleiten sei. Dieser Ansatz hat keine wissenschaftliche Grundlage. Er birgt die Gefahr, dass durch sexualpädagogische Methoden die Intimsphäre und das Schamgefühl des Kindes verletzt werden, dass das noch schlafende Interesse des Kindes an Sexualität vorzeitig geweckt wird, und Kinder zu sexueller Aktivität angeregt werden. In Kitas und Schulen haben schamverletzende und stimulierende Inhalte (in Wort, Bild und Spiel) nichts zu suchen. | | | | |
| | ja | nein | w.n. | Bemerkung |
| AfD | x | | | s.o. Die AfD unterstützt dies uneingeschränkt und wird im Landtag alles versuchen, die Genderideologie aus Kitas und Schulen wieder zurückzudrängen. |
| Bündnis C | x | | | Gerade in unserer heutigen Zeit ist es wichtig die Kinder zu schützen und die Kindheit zu bewahren. Viel zu früh prasseln auf die Kinder viel zu viele Informationen ein. Hier ist es wichtig zu kanalisieren und zu sortieren. Dieses Recht obliegt den Eltern und wird ihnen von diesem Ansatz genommen. Jedes Kind entwickelt sich individuell und dem ist so gut wie möglich Rechnung zu tragen. Gerade wenn es um sehr intime Bereiche geht. Nur eine lange beschützte und behütete Kindheit bringt einen starken selbstbewussten Menschen hervor. |
| CDU | x | | | Die CDU Hessen lehnt jegliche Form der Frühsexualisierung entschieden ab. Die Themen und Inhalte der Sexualerziehung sind altersgerecht pädagogisch aufzugreifen und im Zuge des Älterwerdens zu vertiefen. Das in seiner Methodik und seinen Inhalten überaus zweifelhafte Buch „Sexualpädagogik der Vielfalt“ ist als Lehrwerk zur Sexualerziehung ungeeignet. |
| Die Linke | | | | Auch wir wollen keinen schamverletzenden Umgang mit Kindern und Jugendlichen. Was die Stimulierung anbetrifft, zeigt es sich deutlich, dass Sie sich mit kindlicher Sexualität nicht beschäftigt haben, die sich deutlich von erwachsener Sexualität unterscheidet. Natürlich sollen Kinder wissen, woher ihr Geschwisterchen kommt. (Wir wollen doch nicht die Geschichte vom Storch erzählen.) Kinder sind neugierig, wollen ihren Körper kennenlernen. Was soll daran falsch sein? |
| Freie Wähler | | x | | Sexualität ist essenzieller Teil der Persönlichkeitsentwicklung, die es nicht zu kriminalisieren gilt. Hierbei gilt es zu differenzieren nach kindlicher Sexualität, die eben nicht mit der Sexualität von Erwachsenen gleichzusetzen ist. Wird Kindern das Erleben der verschiedenen Phasen (früh-)kindlicher Sexualität verwehrt, wird ihnen ein großer Teil der eigenen Körpererfahrung (z.B. körperliches Wohlfühlgefühl u.ä.) genommen, was zu einer Beeinträchtigung im Erwachsenenalter führen könnte. Dies gilt es unbedingt zu vermeiden. Die individuelle Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten, sie dürfen nicht von außen beschnitten werden. |
| Grüne | | | | Der hessische Lehrplan Sexualerziehung richtet sich an allgemeinbildende und berufliche Schulen. „Schamverletzende oder stimulierende Inhalte“ sind im Lehrplan nicht enthalten. |
| LKR | x | | | Kinder müssen von sich aus reifen können und in Fragen der Sexualität in erster Linie ihre eigene Familie als Ansprechpartner sehen. Eltern müssen das Vorrecht haben sich gegen eine Abwertung ihrer eigenen Lebensweise zu wehren. |
| SPD | | x | | |

Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 in Hessen

| Wir lehnen – insbesondere in Kitas und Schulen – Maßnahmen des Gender Mainstreaming ab, die, statt die Gleichberechtigung der Geschlechter sicherzustellen, einer Verwirrung der Geschlechtsidentität Vorschub leisten. | | | | |
|---|----|------|------|---|
| | ja | nein | w.n. | Bemerkung |
| AfD | x | | | s.o. Die Identitätsbildung ist für Heranwachsende von immens großer Bedeutung. Dazu gehört eine liebevolle Erziehung, eine neutrale Bildung und gute Vorbilder. |
| Bündnis C | x | | | Gott schuf den Menschen als Mann und Frau. Daraus resultiert, dass es zwei biologische Geschlechter gibt. Selbst im seltenen Fall, dass keines der beiden Geschlechter von den Merkmalen her voll ausgebildet ist, ist genetisch ein Geschlecht in der DNA enthalten. |
| CDU | x | | | Um den schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllen zu können, stehen auf der Grundlage der entsprechenden Lehrpläne und Kerncurricula vielfältige und altersgerechte Unterrichtsinhalte für Jungen und Mädchen zur Verfügung. Die Erziehung von Schülern zu bestimmten Geschlechteridentitäten ist dagegen nicht Aufgabe des Unterrichtes an den Schulen. |
| Die Linke | | | | Wieso trägt Gender Mainstreaming zur Verwirrung der Geschlechtsidentität bei? Kinder sollen von Anfang an wissen, dass sie unabhängig davon, ob sie als Mädchen oder Junge auf die Welt kommen oder vielleicht auch keine eindeutige geschlechtliche Identität haben, gleichermaßen ihre eigene Persönlichkeit entwickeln können. Weder Geschlecht noch soziale und ethnische Herkunft sollen Barrieren im künftigen Leben darstellen. Das ist unsere Vorstellung einer zukunftsfähigen Gesellschaft. |
| Freie Wähler | | x | | Im 21. Jahrhundert sind Geschlechterdifferenzierungen absolut obsolet! Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist für uns gelebte Normalität in allen Lebensbereichen, folglich auch in Kitas und Schulen. |
| Grüne | | | | Wir sind gegenteiliger Auffassung. Wir sind davon überzeugt, dass Maßnahmen des Gender Mainstreaming ermöglichen und unterstützen, seine eigene Rolle zu finden und selbst zu definieren, statt dies anderen (wie z.B. den Medien) zu überlassen. |
| LKR | x | | | Akzeptanz kann niemals an Schulen gelehrt werden. Akzeptieren heißt etwas gutheißen, also eine Ansicht gleichsam als die eigene annehmen. Tolerieren heißt, etwas dulden, aber einen inneren Abstand wahren. Was akzeptiert und was toleriert wird, bestimmt das eigene Wertesystem. Dieses wird durch die Familie und das soziale Umfeld geprägt, darf aber niemals staatlich verordnet und über Lehrpläne vorgegeben werden. |
| SPD | | x | | |

Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 in Hessen

| Jedes Kind hat von Natur aus das Recht, eine Mutter und einen Vater zu haben und von ihnen beschützt, erzogen und umsorgt zu werden – auch wenn dies aufgrund von Schicksalsschlägen (Tod oder Trennung) manchmal nicht erfüllbar ist (siehe UN-Kinderrechtskonvention). Dieses Recht auf Mutter und Vater muss auch im Fall einer Adoption geachtet werden. | | | | |
|--|----|------|------|---|
| | ja | nein | w.n. | Bemerkung |
| AfD | x | | | Die AfD lehnt aus diesem Grunde die 'Ehe für alle' ab und setzt sich im Bundestag dafür ein, diese rückabzuwickeln. |
| Bündnis C | x | | | Für uns gehört es zur unantastbaren Menschenwürde, dass ein Mensch sich über seine biologische Abstammung ein Bild machen kann. Immer wieder führt es zu psychologischen Krisen, wenn einem Menschen dieses Wissen vorenthalten wird. Deshalb sind wir von Bündnis C auch gegen anonyme Adoption. |
| CDU | x | | | Als CDU Hessen sind wir der Auffassung, dass Partner unterschiedlichen Geschlechts in der Erziehung eine größere Rolle für das Kind spielen können als gleichgeschlechtliche Eltern. Wir anerkennen und schätzen den Wunsch nach Familie. Es gibt aber kein Recht auf ein Kind. Die gleichstellungspolitischen Ziele der Landesregierung und all das, was sie dafür unternimmt, bleiben davon unbenommen. Das ist für uns keine Gleichstellungsfrage. Denn der Wunsch des Paares, so sehr wir ihn respektieren, kann nicht ausschlaggebend sein. Ausschlaggebend muss die Einschätzung sein, ob dem Kind damit so gut wie möglich gedient ist. |
| Die Linke | | | | Jedes Kind hat Mutter und Vater - rein biologisch. Wie viele und welche Bezugspersonen für das Kind relevant sind, entscheidet die aktuelle familiäre Situation. Da kann ein Kind gut bei zwei Frauen, zwei Männern, aber auch bei den Großeltern oder in einer großen Familie mit mehreren Eltern und Geschwistern aufwachsen. Wichtig ist, dass da erwachsene Menschen sind, die sich um das Kind kümmern und ihm eine liebevolle und sichere Umgebung bieten. Oder wollen Sie ein Kind in einer ungünstigen Umgebung halten, obwohl Adoptiveltern da sind, die ihm eine liebevolle Atmosphäre bieten können? Deshalb soll die Adoption auch für alle Paare möglich sein. |
| Freie Wähler | | x | | In der heutigen Zeit hat noch immer jedes Kind einen biologischen Vater und eine biologische Mutter, anders funktioniert (bislang) die Entstehung neuen Lebens nicht. Die Erziehung muss hingegen nicht zwingend nach einem binären Modell aus "Vater" und "Mutter" bzw. "Mann" und "Frau" erfolgen. Wir erachten die Gemeinschaft aus Kindern und Müttern oder Vätern bzw. Erziehungsberechtigten als besonders schützenswert. Sie gilt es als Fundament unserer Gesellschaft besonders zu stärken. Wir wollen mit unserer Politik Rahmenbedingungen schaffen, um ein familienfreundliches Klima herzustellen, das zudem ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung von Alleinerziehenden hat. |
| Grüne | | | | Der richtige Maßstab für die Fürsorge für Kinder ist die Liebe, die ihnen entgegengebracht wird. Sie ist nicht von der sexuellen Orientierung der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, auch im Falle einer Inpflegenahme oder Adoption, abhängig. |
| LKR | | x | | Bei einer Adoption ist es immer der Fall, dass Kinder nicht bei den leiblichen Eltern aufwachsen und früher oder später über die "echten" Eltern aufgeklärt werden müssen. Wenn es dem Kindeswohl dient, können Adoptiveltern auch gleichgeschlechtlich sein. |
| SPD | | x | | |

Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 in Hessen

| Im Einklang mit der Entscheidung des Europäischen Parlamentes vom Dezember 2015 lehnen wir die Legalisierung von Leihmutterschaft ab. Die Praxis der Leihmutterschaft degradiert Frauen zu bloßen Gebärapparaten und macht Kinder zu Vertragsobjekten. | | | | |
|--|----|------|------|---|
| | ja | nein | w.n. | Bemerkung |
| AfD | x | | | Die AfD lehnt Leihmutterschaft entschieden ab. |
| Bündnis C | x | | | Mütter entwickeln zu ihren ungeborenen Kindern eine Beziehung. Leihmutterschaft missachtet diesen Sachverhalt. Ehepaaren, die sich ihren Kinderwunsch nicht aus eigener Kraft erfüllen können, empfehlen wir deshalb die Adoption. Hier plädieren wir für eine Vereinfachung der Verfahren. |
| CDU | x | | | Leihmutterschaft muss nach Auffassung der CDU Hessen verboten bleiben. Eine Leihmutterschaft birgt erhebliche Risiken und Gefahren für das Kind, aber auch für die Frauen und verstößt gegen fundamentale Wertentscheidungen unserer Rechtsordnung. Schon durch die Schwangerschaft entsteht eine enge körperliche und psychosoziale Verbindung zwischen Mutter und Kind. Streitigkeiten im Ausland zwischen Wunscheltern und Leihmüttern über die Abtreibung oder Herausgabe bestellter Kinder verdeutlichen die ethische und rechtliche Problematik. Im Abstammungsrecht muss auch deswegen daran festgehalten werden, dass die Mutter nur diejenige Frau ist, die das Kind geboren hat. Unverrückbar ist für uns als CDU auch, dass ein Kind nicht mehr als zwei rechtliche Elternteile hat. |
| Die Linke | | | | Eine Vorgabe unserer Partei zu dieser komplexen und persönlich zu treffenden ethischen Abwägung gibt es nicht. |
| Freie Wähler | | | x | FREIE WÄHLER hat sich hierzu bislang nicht positioniert. |
| Grüne | | | | Leihmutterschaft ist in Deutschland nicht erlaubt. |
| LKR | x | | | Eine Schwangerschaft ist für die Mutter immer eine prägende Phase und auch mit Risiken verbunden. Ihr Körper und die reproduktiven Funktionen werden bei einer Leihmutterschaft wie eine Ware eingesetzt. Zum Kind und für das Kind entsteht während einer Schwangerschaft eine natürlich Bindung. Diese wird bei einer Leihmutterschaft bewusst durchtrennt. |
| SPD | | | | Antwort ist entbehrlich. Leihmutterschaft ist in Deutschland verboten. |

Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 in Hessen

| | | | | |
|--|-----------|-------------|-------------|--|
| Die aktuelle Bundesregierung plant eine Verankerung von sog. Kinderrechten im Grundgesetz. Kinder stehen jedoch, da sie Menschen sind, bereits jetzt vollständig unter dem Schutz der Verfassung. Experten warnen, dass dies de facto die Aushebelung des Erziehungsrechtes der Eltern zur Folge haben werde. Eine spezifische Aufnahme von „Kinderrechten“ ins Grundgesetz lehnen wir deshalb ab. | | | | |
| | ja | nein | w.n. | Bemerkung |
| AfD | x | | | Die AfD hat speziell Flyer entwickelt, auf denen Bürger aufgeklärt werden, am 28.10. die Frage nach Kinderrechten abzulehnen. Die AfD lehnt die Entmündigung der Eltern ab. |
| Bündnis C | x | | | Kinder sind zunächst einmal Menschen. Als solche sind sie durch das Grundgesetz geschützt. Dann sind die Kinder Bürger und als solch besitzen sie sämtliche Bürgerrechte. Zudem gibt es in unseren Bundesgesetzen schon eine ausreichende Anzahl von Gesetzen speziell zum Schutze der Kinder. Deshalb benötigen wir keine weiteren "Kinderrechte". |
| CDU | | | x | Kinder benötigen in besonderem Maße unsere Aufmerksamkeit und unseren Schutz. Sie sind bereits durch die Grundrechte in Verbindung mit den vom Bundesverfassungsgericht in stetiger Rechtsprechung entwickelten Prinzipien abgesichert. Kinder sind ebenfalls Träger von Grundrechten, ihnen kommt sowohl eigene Menschenwürde als auch ein Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit sowie ein Recht auf Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung aus Art. 2 Abs. 2 GG zu. Zudem folgt aus Art. 6 Abs. 2 GG ein Anspruch auf Pflege und Erziehung, der sich aus der dort niedergelegten Verpflichtung der Eltern ergibt. Demzufolge vertritt die CDU Hessen die Auffassung, dass ein „Mehr“ an Regelungselementen nicht notwendigerweise mit einem „Mehr“ an effektivem Schutz einhergeht. Nichtsdestotrotz haben sich die Koalitionspartner auf Bundesebene auf eine Kodifizierung von Kinderrechten im Grundgesetz verständigt. Aus Sicht der CDU Hessen unterstützen wir den Gedanken der stärkeren Verankerung von Kinderrechten, wenn dadurch die im Grundgesetz kodifizierten Elternrechte nicht eingeschränkt werden. Hier gilt es eine Formulierung zu finden, die diesem Grundsatz Rechnung trägt. Dass dies möglich ist, zeigt die in großem Konsens zwischen den Fraktionen des Hessischen Landtags beschlossene Änderung zur Aufnahme von Kinderrechten in die Hessische Verfassung. Als CDU haben wir uns dafür eingesetzt, dass eine Formulierung gefunden wurde, die Kinderechte normiert und gleichzeitig die grundgesetzlich unantastbare Elternverantwortung sicherstellt. Die Bürgerinnen und Bürger in Hessen können am 28. Oktober über die Aufnahme dieser Änderung zum Thema „Kinderrechte“ in die Hessische Verfassung abstimmen. |
| Die Linke | | | | Selbstverständlich ist DIE LINKE für die Aufnahme der Kinder- und Jugendrechte in das Grundgesetz wie in die hessische Landesverfassung. Kinder haben eigene Rechte. Deutschland hat vor 26 Jahren die UN-Kinderrechtskonvention unterschrieben und muss sie jetzt umsetzen. |
| Freie Wähler | | x | | Bereits in Art. 25 Abs. 2 der UN-Menschenrechtserklärung ist klar deklariert, dass Kinder, "eheliche wie außereheliche", "den gleichen Schutz" genießen. Dem schließen auch wir uns an und votieren für eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. |

Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 in Hessen

| | | | | |
|--------------|---|---|--|---|
| Grüne | | | | Wir GRÜNE begrüßen die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz. Bei der Modernisierung der Landesverfassung wird ebenfalls vorgeschlagen Kinderrechte auch in die hessische Verfassung mit aufzunehmen. Der Vorschlag zur Ergänzung lautet: „Jedes Kind hat das Recht auf Schutz sowie auf Förderung seiner Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, ist das Wohl des Kindes ein wesentlich zu berücksichtigender Gesichtspunkt. Der Wille des Kindes ist in allen Angelegenheiten, die es betreffen, entsprechend seinem Alter und seiner Reife im Einklang mit den geltenden Verfahrensvorschriften angemessen zu berücksichtigen. Die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten der Eltern bleiben unberührt.“ |
| LKR | x | | | Kinder genießen in erster Linie den Schutz durch ihre Familien, welche auch das Erziehungsrecht behalten müssen. |
| SPD | | x | | |

| | |
|--|---|
| Die FDP wollte den Fragebogen nicht beantworten mit folgender Begründung: | <p>„Wir Freie Demokraten stehen für einen Gesellschaftsentwurf ein, der auf Liberalität, Weltoffenheit und Toleranz gegründet ist. Die Individualität des Einzelnen und die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Lebensentwürfe der Menschen in unserem Land anzuerkennen ist für uns selbstverständlich. Mehr noch, wir betrachten genau diese Vielfalt als Bereicherung unserer Gesellschaft. Dem tragen wir in unserem politischen Handeln Rechnung. Jeden Tag und aus voller Überzeugung. Auch und gerade in der Familien- und Bildungspolitik. Denn Familie ist für uns überall dort, wo sich Menschen einander hinwenden, füreinander einstehen, Verantwortung füreinander übernehmen in guten und in schlechten Tagen und sich in Zuneigung und Wertschätzung verbunden sind.</p> <p>Bei Durchsicht des von Ihnen übermittelten Fragenkatalogs sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass der von Ihnen vertretene Wertekanon sich von dem unseren grundlegend unterscheidet. Die Unterschiede sind so fundamental, dass es aus unserer Sicht auch wenig Raum für einen konstruktiven Dialog über unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe zwischen Ihnen und uns gibt. Daher haben wir uns entschieden, Ihren Fragenkatalog nicht zu beantworten.</p> <p>Wir respektieren die Unterschiedlichkeit unserer Ansichten, erkennen aber auch, dass wir von einem anderen Menschen- und Gesellschaftsbild getragen werden als Sie.“</p> |
|--|---|